

BUNDESFACHAUSSCHUSS 9

BÜNDNIS DEUTSCHLAND

Wärmewende schon gescheitert?

Derzeit wird die Wärmewende intensiv diskutiert. Bei allen Betrachtungen werden jedoch ein paar Grundvoraussetzungen aus unserer Sicht völlig außer Acht gelassen, die das Scheitern dieser so genannten Wende schon von Beginn an besiegelt.

Verdummung der Bürger!

Das gesamte Gesetzespaket zur Wärmewende bezieht sich fast ausschließlich auf Wohngebäude. Man muss aber den Gesamtgebäudebestand betrachten. Wir müssen Wohngebäude und Nichtwohngebäude (Gewerbebauten, Industriebauten, landwirtschaftliche Bauten, etc.) unterscheiden.

Zu Wohngebäuden finden wir sehr ausführliche und detaillierte Informationen beim Statistischen Bundesamt. So gab es laut Destatis 2021 im Jahr 2020 exakt 3.938 Mio m² Wohnfläche. Um das wärmetechnisch zu betrachten, ist der umbaute Raum jedoch von Interesse, der wiederum nicht in den Daten zu finden ist. Man kann jedoch von einer durchschnittlichen Raumhöhe für Wohnraum von 2,5 m ausgehen. Somit ergibt sich ein umbauter Raum von 9.845 Mio m³ für Wohngebäude.

Für Nichtwohngebäude finden wir Angaben beim Leibniz Institut für ökologische Raumentwicklung. Laut der dort veröffentlichten Forschungsdatenbank besteht in Deutschland 18.182 Mio. m³ beheizter umbauter Raum in Nichtwohngebäuden. Wenn wir nun noch die gesamten CO₂-Emissionen prozentual betrachten, wie zum Beispiel hier in einer Auswertung von DESTATIS, sah die Verteilung der CO₂-Emissionen in 2021 wie folgt aus:

Energiewirtschaft	33,00 %
Industrie	24,59 %
Verkehr	22,60 %
Gebäude	18,48 %
Landwirtschaft	1,33 %

Im gesamten Gebäudebereich fallen also 18,48% der gesamtdeutschen CO₂-Emissionen an, davon entfallen aber nur ca. 35% auf Wohngebäude, das sind dann dementsprechend gerade einmal 6,47% der Gesamt-CO₂-Emissionen. Dafür werden die Verbraucher nach vorläufigen Schätzungen 9,1 Mrd. € jährlich an Steuern aufbringen müssen.

In dieser vorläufigen Bewertung ist aber nur der tatsächliche Heizungstausch und nicht eine eventuell notwendige energetische Sanierung enthalten. Hier wären z.B. Fassadendämmung, Fenstertausch, Dachdämmung, Austausch der Heizsysteme und weitere zu nennen.

In den Gesetzesvorlagen zur Wärmewende werden somit von Beginn an nur ca. 35% des Gebäudebestandes in der Betrachtung berücksichtigt und 65% ausgeklammert. Bei Wohngebäuden kann jeder, der finanziell dazu in der Lage ist, schon jetzt und freiwillig entsprechende CO₂-vermindernde Maßnahmen installieren. Noch nicht installiert sind diese in der Regel dort, wo es entweder ökonomisch nicht sinnvoll oder finanziell nicht tragbar ist. Und genau dort soll mit entsprechenden Vorschriften nun eingegriffen werden.

Drohende Enteignung!

Eine Entlastung der Haushalte ist dabei in der Hauptsache durch Vermittlung von KfW-Darlehen vorgesehen, das Ganze dazu noch einkommensabhängig. Wie Mieter von Mieterpreiserhöhungen durch die notwendigen Modernisierungen geschützt werden sollen, ist bislang gänzlich offen. Vermutlich ist dies gar nicht möglich!

Letzten Endes trägt die volle Last dieses Gesetzespaketes der Bürger, gleich, ob Mieter oder Eigentümer. Gebäude müssen zwar nicht sofort energetisch saniert werden. Sollen sie jedoch verkauft, verschenkt oder vererbt werden, müssen diese Maßnahmen laut Gesetzesentwurf spätestens 3 Jahre nach dem Eigentümerwechsel erfolgen. Damit haben nicht sanierte Gebäude per se schon jetzt an Wert verloren. Aus unserer Sicht ist das Vorgehen der Bundesregierung hier eine glatte Enteignung.

Die Angelegenheit wird sich ähnlich entwickeln, wie das Desaster bei den Dämmvorschriften. Hierfür wurden im Wohnbereich bis 2020 ca. 500 Mrd. € zur besseren Dämmung eingesetzt. Der Effekt für den Klimaschutz: nicht messbar, zuletzt ist der CO₂-Ausstoß im Gebäudebereich sogar wieder gestiegen, wie schon der „Focus“ berichtete.

Dunkelflaute hemmt.

Man muss weiterhin berücksichtigen, dass die in der Hauptsache zu verbauenden Luft-Luft- und Luft-Wasser-Wärmepumpen den Großteil Ihres Energiebedarfs von November bis Februar benötigen, in einer Zeit also, in der im gesamten Deutschland eine Dunkelflaute herrscht.

Laut BDEW (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.) wurden im November 2022 20,4%, im Dezember 2022 18,6, im Januar 2023 24,8 und im Februar 2023 20,2% des Stromes aus erneuerbaren Energien erzeugt. Die restliche Energie wurde über konventionelle Kraftwerke, in der Hauptsache durch Kohlekraftwerke, erzeugt. An dieser Tatsache wird sich auch in absehbarer Zukunft nichts ändern können, da in Deutschland keine Technologie zugelassen ist, die Strom im benötigten Umfang für diesen Zeitraum grün erzeugen oder speichern kann. Wenn mehr Wärmepumpen installiert werden, steigt natürlich auch der Strombedarf genau in dieser Zeit.

Neue Emissionen statt grüner Technologiewende!

Durch das Verbot der bisherigen Heiztechnologien werden viele noch funktionsfähige Heizungen verschrottet. Ihre ursprüngliche Herstellung verursachte CO₂-Emissionen und verbrauchte Ressourcen, die Entsorgung sorgt für zusätzliche CO₂-Emissionen. Die Herstellung der neuen Heizungen sorgt wiederum für zusätzliche CO₂-Emissionen und benötigt erneut wertvolle Ressourcen.

Ergebnis: Katastrophe!

Das Ziel der Wärmewende kann mit dem Gesetzespaket nicht erreicht werden, da die meisten Gebäude gar nicht berücksichtigt werden. Zudem ist der Betrieb von Wärmepumpen nur über CO₂-intensiven Strom gewährleistet. Wir werden belastet statt entlastet, unser Wohneigentum wird entwertet statt aufgewertet.

Klimaschutz kann man diesem Gesetzesvorschlag beim besten Willen nicht unterstellen. Das ganze Paket läuft mit seinen Kostenfaktoren, die nur zu Lasten der Bürger gehen, auf eine Verdummung der Steuerzahler, Mieter und Eigentümer, hinaus!

Fazit: Der Gesetzesentwurf zur Wärmewende kostet enorm viel Geld, ohne dass der CO₂-Ausstoß unseres Landes erkennbar reduziert wird. Zudem ist die enthaltene Enteignungswirkung nicht grundgesetzkonform und auch deshalb abzulehnen.

Quellen:

[https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/07/PD21_326_31231.html#:~:text=Presse%20Wohnungsbestand%20Ende%202020%3A%2042%2C8%20Millionen%20Wohnungen&text=Wie%20das%20Statistische%20Bundesamt%20\(Destatis,beziehungsweise%20%2C3%20](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/07/PD21_326_31231.html#:~:text=Presse%20Wohnungsbestand%20Ende%202020%3A%2042%2C8%20Millionen%20Wohnungen&text=Wie%20das%20Statistische%20Bundesamt%20(Destatis,beziehungsweise%20%2C3%20)

https://www.datanwg.de/fileadmin/user/iwu/210412_IWU_Projektinfo-8.3_BE_Strukturdaten_final.pdf

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#treibhausgas-emissionen-nach-kategorien>

https://www.focus.de/finanzen/news/konjunktur/klimaschutz-absurd-umsonst-gedaemmt-energiewende-wird-im-gebaeude-bereich-zum-milliarden-grab_id_12490652.html

https://www.bdew.de/media/documents/Stromerz_insges_Vgl_2021_2022_monatlich_online_o_monatlich_Sld_03032023.pdf

https://www.bdew.de/media/documents/Stromerz_insges_Vgl_VJ_monatlich_online_o_monatlich_Sld_21032023.pdf

Verfasser: Steven Rosick | 03.05.2023